

Ach Manuela!

Frau Schwesig und der Rechtsstaat.

Gestern konnte ich nicht einschlafen - so sehr hat mich eine Äußerung von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin aufgeregt. Hält sie es doch offenbar für in Ordnung, die vergangene DDR als Rechtsstaat zu erinnern. Dass Thüringens Ministerpräsident sich noch klarer dagegen aussprach, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen, muss man von einem Nachfolger der SED-Partei leider für wenig überraschend halten.

Was also denken sich diese Ministerpräsidenten, besser wohl gendergerecht Ministerpräsidierenden, dabei? Haben die Bürger der DDR vor 30 Jahren einen Rechtsstaat gestürzt? Waren die totale Bespitzelung, die undemokratische Machtausübung einer brutalen Partielite, die Unterdrückung jeder Opposition und Gegenmeinung, die Diskriminierung Andersdenkender bei Berufswahl und -ausübung, das Erschießen von Flüchtlingen, die Willkürjustiz gegen politische Gegner (auch in der SED) und vieles anderes mehr Ausdruck von Herrschaft des Rechts? Wirklich?

Und beleidigt man nicht gleichzeitig all die polnischen, tschechischen, baltischen und ungarischen Bürger, auch sie hätten sich vor 30 Jahren nicht gegen unerträgliches Staatsunrecht gewehrt, sondern Rechtsstaaten beseitigt?

Ich beobachte seit einiger Zeit, dass die Geschichte der russischen Kolonien östlich der Elbe umgeschrieben werden soll. Eine ganze Weile war es die LINKE als Nachfolgepartei der Diktatur, die den Bürgern der ehemaligen DDR einzureden versuchte, sie seien beschissen und gedemütigt worden und werde noch heute vom Westen nicht gefördert und saniert, sondern immer noch benachteiligt. Nun hat sich die AFD dieser Propaganda bemächtigen können und dies Wählerpotential durch xenophobische Hysterie einer „Umvolkung“, ja einer „Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida!) an sich ziehen können. Auch diese AFD versucht die

Geschichte umzuschreiben, um zu einem Teil ostdeutscher Identität zu werden. Dafür wirft sie die Angel weit in die braunen Ränder unserer Gesellschaft, indem sie Nazi-Sprache wieder gesellschaftsfähig macht, Nazi-Denke toleriert und insbesondere in ihren Jugendgruppen fördert und dem alten widerlichen Antisemitismus jenen Dunkel-Schatten spendet, in dem er gedeihen kann.

Das beobachten wir doch alle!

Wäre es da nicht Aufgabe einer SPD-Ministerpräsidentin, dieser Geschichtsklitterung und Vergiftung des Klimas eindeutig entgegenzutreten? Muss sie nicht aktiv um das Geschichtsbild ihrer Bürger kämpfen und jeder Beschönigung der sowjet-kommunistischen Vergangenheit entgegenreten? Welchen Menschen redet sie denn nach dem Munde, wenn sie den Unrechtscharakter der DDR relativiert? Doch nicht der Mehrzahl derjenigen, die die Entkolonisierung 1989/90 in ganz Ost-Europa erkämpft haben und heute froh sind, in keiner Diktatur zu leben?

Ich bin Mitglied der SPD und Frau Schwesig war kurze Zeit eine der Parteivorsitzenden! Deshalb rumorte es gestern Abend in meinem Kopf, so dass ich erst spät einschlafen konnte.

Dr. Gerd Eisenbeiß, Bonn

10.10.2019